

A N T R A G

Auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 12 Abs. 1 des Gaststättengesetzes (**Gestattung**) zur vorübergehenden Ausübung

Einer Schankwirtschaft	
mit Ausschank von: alkoholfreien Getränken alkoholischen Getränken	
einer Speisewirtschaft mit folgenden Speisearten:	
eines Beherbergungsbetriebes	

Der Antrag kann im Einvernehmen mit der Erlaubnisbehörde auch mündlich gestellt werden. Diese kann auf Angaben und Unterlagen verzichten, wenn dies unter Berücksichtigung von Art und Umfang der Veranstaltung und der Belange Dritter möglich ist.

Hinweise zur Verarbeitung personenbezogener Daten im gaststättenrechtlichen Konzessionsverfahren nach § 10 Abs. 2 Landesdatenschutzgesetz

Rechtsgrundlage und Zweck der Datenerhebung:

Wer vorübergehend aus besonderem Anlass ein Gaststättengewerbe im Sinne des Gaststättengesetzes (GastG) betreiben will, bedarf einer jederzeit widerrufbaren Erlaubnis nach § 12 Abs. 1 GastG (Gestattung).

Die mit dem Antragsvordruck erhobenen Daten dienen ausschließlich der Feststellung der persönlichen Zuverlässigkeit der Antragstellerin oder des Antragstellers, der Antragsberechtigung, der Beurteilung der Eignung der für den Betrieb vorgesehenen Räume sowie der Überwachung der Gewerbeausübung. Die personenbezogenen Daten werden nach den Vorschriften des § 11 der Gewerbeordnung in Verbindung mit § 31 des Gaststättengesetzes erhoben und verarbeitet.

Weiterverarbeitung der Daten im gaststättenrechtlichen Verfahren:

Antragstellerinnen oder Antragsteller haben grundsätzlich selbst die für das unter erleichterten Voraussetzungen durchzuführende Antragsverfahren erforderlichen Angaben zu machen und die notwendigen Unterlagen beizubringen.

Ist die Beteiligung weiterer Stellen für das Antragsverfahren erforderlich, so wird die Antragstellerin oder der Antragsteller darüber unterrichtet.

Nach Abschluß des Verfahrens werden folgende Behörden über die Erteilung der Erlaubnis unterrichtet:

Örtliche Ordnungsbehörde durch Zweitschrift des Erlaubnisbescheides mit Anlagen. Dem zuständigen Finanzamt wird eine Zweitschrift ohne Anlagen übersandt. Auf die Einhaltung der steuerlichen Aufzeichnungs- und Erklärungspflichten in diesen Fällen wird hiermit hingewiesen (Mitteilungsverordnung vom 7. September 1993 – BGBl. S. 1554).

1. Personalien der Antragstellerin oder des Antragstellers bzw. der Vertreterin oder des Vertreters der juristischen Person oder des nichtrechtsfähigen Vereins.
(Bei mehreren Antragstellerinnen oder Antragstellern bzw. Vertretungsberechtigten ist Nummer 1 dieses Antrages für jede Person auszufüllen).

Familienname und Geburtsname, falls dieser vom Familiennamen abweicht	
Vorname(n)	
Geburtstag und –ort	
Wohnsitz	

Bitte wenden!

Bei Antragstellung für juristische Personen/Gesellschaften/nichtrechtsfähige Vereine:

Firma / Vereinsname	
Betriebssitz	
eingetragen im Handelsregister/ Genossenschaftsregister beim Amtsgericht in	
am / unter Nummer (Auszug aus dem Register beifügen)	
Ist ein Strafverfahren anhängig?	Ja Nein
Ist ein Bußgeldverfahren wegen Verstößen in Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätig- keit anhängig?	Ja Nein
Ist ein Gewerbeuntersagungs- verfahren nach § 35 Gewerbe- ordnung anhängig?	Ja Nein
Unterrichtungsnachweis nach § 4 Abs. 1 Nr. 4 Gaststätten- gesetz	liegt bei wird nachgereicht

2. Angaben zu Betriebszeit und -ort

Die Gestattung wird beantragt für den Zeitraum	(Tag/Uhrzeit des Betriebsbeginns und –endes)
Der beabsichtigten Gastro- nomie liegt folgender beson- derer Anlass zugrunde:	
Genaue Ortsangabe (ggf. Lage- skizze als Anlage beifügen):	
Bei Betriebsort auf einer öffent- lichen Fläche:	Sondernutzungserlaubnis liegt vor
bei Behörde	ist beantragt

3. Angaben zum Betrieb

Ist die Beschäftigung von Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern vorgesehen?	Ja Nein
---	------------

Ich/wir versichere/versichern die Richtigkeit der vorstehenden Angaben. Mir/uns ist bekannt, dass bewusst falsch gemachte Angaben zur Versagung der beantragten Erlaubnis oder zum Widerruf der bereits erteilten Erlaubnis führen können. Die Hinweise über die Verarbeitung personenbezogener Daten haben ich/haben wir zur Kenntnis genommen.

(Ort, Datum)

Unterschrift Antragstellerin/Antragsteller

Antrag an: Gemeinde Wentorf bei Hamburg
 Der Bürgermeister
 Bürgeramt
 Hauptstraße 16
 21465 Wentorf b. Hmb.